

# Wis/Sen



Ein Service des Presse- & Informationsdienstes der Stadt Wien und des Wiener Seniorenbeauftragten

---

## Inhalt der zehnten Ausgabe

**02**

### **Typologie der Generationen 50 plus**

Die Generation 50+ gibt es bekanntlich nicht. Trotz aller Unterschiede kann man jedoch Trends erkennen: positive Grundstimmung, gestiegene finanzielle Vorsicht, wenig Optimismus am Arbeitsmarkt und Freude an Kommunikation und Reisen.

**06**

### **Wohnen im Alter (D)**

Beim Wohnen im Alter steht heute der Wunsch nach Selbstbestimmung an erster Stelle. Die Kommunen müssen dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

**13**

### **Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft (D)**

Thema des Fünften Berichtes zur Lage der älteren Generationen in Deutschland ist der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen.

**17**

### **„Wis/Sen“-News**

SeniorInnen-Spielplätze jetzt auch in Österreich. – Grippe: Geimpfte Kinder schützen die Großeltern. – Wohnen im Weingut. – Was sich in wenigen Jahren verändert (2).

### **Das „Wis/Sen“-Infoservice**

Wenn Sie die Originalfassung einer Studie entlehnen möchten, wenden Sie sich bitte an das Büro des Seniorenbeauftragten. (Telefon und E-Mail siehe Fußzeile.)

## Impressum

„Wis/Sen“, ein Service des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien und des Wiener Seniorenbeauftragten.  
Redaktion: Elga Martinez-Weinberger, MA 53  
emw@m53.magwien.gv.at

---

„Wis/Sen“: Entlehen von Originalstudien  
Friedrich Grundei  
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien  
friedrich.grundei@senior-in-wien.at  
Telefon 4000 85881



---

**Herausgeberin**

Fessel-GfK Sozialforschung  
aus „Lifestyle 2006“ und „Repräsentativstudie Generation 50 plus 2006“  
Wien, Oktober 2006

**AutorInnen**

Dr. Angelika Kofler, Michaela Löffler  
**L 005**

## Typologie der Generationen 50 plus

**Wie Fessel-GfK in seiner Repräsentativstudie „Generation 50 plus 2006“ feststellt, gibt es keine „ältere Generation“ und auch keine „Generation 50 plus“, sondern es handelt sich um sehr heterogene Zielgruppen und in jedem Fall um mehrere Generationen. Fessel-GfK unterscheidet zwischen: „Flotten“, „Zufriedenen“, „Neugierigen“ und „Zurückgezogenen“. Es herrscht übrigens, speziell unter den jüngeren Alten, eine positive Grundstimmung, die finanzielle Vorsicht ist jedoch in den letzten Jahren gestiegen. Der Arbeitsmarkt für Ältere wird wenig positiv eingeschätzt. Spitzenreiter bei der Freizeitgestaltung ist Kommunikation mit einem sehr hohen Anteil an Mediennutzung. Im Urlaub wünschen sich die meisten vielfältige Eindrücke ohne Risiko zu einem fairen Preis.**

### Vier Typen: flott, zufrieden, neugierig, zurückgezogen

Aufgrund der Ergebnisse der aktuellen Befragung 2006 identifizieren die Sozialforscher von Fessel-GfK im Bereich der über 50-Jährigen vier wesentliche Typen:

Die „Flotten“ sind vorwiegend im Bereich der Jüngeren zu finden. Sie fühlen sich noch nicht alt, oft sind sie noch berufstätig, meist gesund und aktiv und überdies technologieinteressiert.

Die „Zufriedenen“ sind familienorientiert, sie genießen das Älterwerden und haben ein ausgeprägtes Interesse an ihren Kindern und Enkelkindern. Ihr Interesse ist auf den privaten Bereich fokussiert, sie sind sicherheitsbewusst und meist auch weniger wohlhabend.

Die „Neugierigen“ sind selbstbewusst, städtisch orientiert und gebildet, sie sind häufig der Mittelschicht zuzurechnen und nicht nur als „Berufsomas und -opas“ aktiv. Sie möchten sich selbst „auch noch etwas gönnen“ und tun das auch.

---

**„Wis/Sen“: Entleihen von Originalstudien**

Friedrich Grundei  
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien  
friedrich.grundei@senior-in-wien.at  
Telefon 4000 85881



---

Die „Zurückgezogenen“ werden am ehesten dem herkömmlichen Stereotyp des alten Menschen gerecht. Sie sind resigniert, oft isoliert, krank, nicht mehr mobil, finden nur noch wenig sozialen Anschluss und sehen sich oft auch finanziell in einer prekären Lage.

### **Bis 70 fast durchgehend positive Grundstimmung**

Die Mehrheit der über 50-Jährigen lässt klar erkennen, dass für sie Alter keine Krankheit und auch kein Thema ist. Sie lehnen klischeehafte Etikettierungen ab. Drei von zehn Befragten berichten sogar, dass sie aufgeblüht seien, seit sie älter sind.

Sieben von zehn Befragten fühlen sich leistungsfähig, und fast zwei Drittel fühlen sich jünger als es ihrem tatsächlichen Alter entspricht. Mehr als die Hälfte will aktiv an der Gesellschaft teilhaben und sich engagieren.

Nur etwa ein knappes Fünftel fühlt sich alt. Und erst ab etwa siebzig Jahren wird eine etwas weniger positive Grundstimmung erkennbar.

### **Mäßig optimistische Einstellung zum Arbeitsmarkt**

Das Thema „Ältere Menschen am Arbeitsmarkt“ wird weit weniger optimistisch gesehen. Die Mehrheit fühlt sich nicht gewollt und zu Gunsten der Jungen benachteiligt. Fast zwei Drittel berichten über einen Mangel an Arbeitsmotivation.

Anreize, die als Motivation für eine längere Lebensarbeitszeit funktionieren könnten, sind Spaß an der Arbeit (zwei Drittel gaben dies an) und Geld, wobei die Bedeutung der finanziellen Komponente im Zeitvergleich mit einer früheren Erhebung aus dem Jahr 2003 abgenommen hat. Andere potentielle Anreize greifen wenig. Nur wenige der Befragten sehen die Situation für Ältere am Arbeitsmarkt positiv und halten daher Veränderungen in diesem Bereich für notwendig.

### **Finanzielle Vorsicht in den letzten Jahren gestiegen**

Zwar fühlen sich fast drei Viertel der ÖsterreicherInnen ab 50 finanziell gut abgesichert, die Vorsicht ist aber in den letzten Jahren gestiegen. So ist fast die Hälfte bereit, auf Ausgaben zu verzichten, um später versorgt zu sein, mehr als in der Vorläuferstudie 2003. Zwar gibt immer noch mehr als die Hälfte an, sich „etwas zu gönnen“ und nur dann zu sparen, wenn etwas übrig

---

bleibt, die Anzahl dieser „GenießerInnen“ ist jedoch geringer geworden. Die Gruppe derer, die ihre Mittel für sich selbst ausgibt, ist doppelt so groß als jene, die sich zum Sparen für die Erben bekennt.

Dennoch leisten die meisten Befragten finanzielle Unterstützung für ihre Kinder und/oder Enkelkinder.

Sieben von zehn empfinden es als Selbstverständlichkeit, sich im Bedarfsfall um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Sollten sie selbst in die Lage kommen, Pflege zu brauchen, so erwarten sie diese am ehesten von ihren PartnerInnen und Kindern, nicht aber von den Enkelkindern. Deutlich seltener wird damit gerechnet, künftig professionelle Pflege in Anspruch zu nehmen.

### **Freizeit: Mediennutzung und Sozialkontakte**

Mediennutzung steht an erster Stelle der Freizeitgestaltung. 85 % der Befragten sehen täglich fern, 79 % hören täglich Radio, 74 % lesen Zeitungen bzw. Zeitschriften.

An zweiter Stelle werden Sozialkontakte genannt. Alle anderen der 40 abgefragten Aktivitäten sind im Vergleich dazu ein Minderheitenprogramm für bestimmte Interessensgruppen.

Telefonieren ist die wichtigste soziale Interaktionsform, 59 % tun es täglich. Sieben von zehn der Befragten haben übrigens ein Handy, ein Viertel nutzt Internet. Unter den InternetnutzerInnen befinden sich doppelt so viele Männer als Frauen.

### **Neues im Urlaub kennenlernen**

Städte-, Kultur- und Rundreisen stehen an der Spitze des Interesses von 48 % der über 50-Jährigen. Hier unterscheiden sie sich vom Durchschnitt aller Altersstufen, der in diesem Segment nur bei 34 % liegt. Spitzenreiter im Gesamtdurchschnitt aller Altersstufen sind Bade-, Familien- und Erholungsurlaube am Meer, die von 58 % aller Altersstufen bevorzugt werden. Die Älteren sind daran nur zu 41 % (50 bis 65 Jahre) bzw. 44 % (über 66 Jahre) interessiert. Winter- und Sporturlaube stehen bei den Älteren an letzter Stelle, der Unterschied zum Gesamtdurchschnitt ist hier allerdings nicht sehr groß.

---

Bei den tatsächlichen Urlaubszielen weichen Ältere nicht wesentlich vom allgemeinen Trend ab, bei dem das Mittelmeer Spitzendestination vor Österreich ist. Interessant ist aber, dass die Destinationen Westeuropa, Osteuropa, Amerika sowie arabische und afrikanische Länder bei den über 66-Jährigen höhere Werte aufweisen als in den anderen Altersgruppen.

Gefragt sind bei den über 50-Jährigen vor allem anspruchsvolle Landschaft (62 %), Neues kennenlernen (53%), Sicherheit (52 %), kulturelle Sehenswürdigkeiten (46 %) und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis (43 %) bzw., wie es die Sozialforscher auf den Punkt bringen: Vielfältige Eindrücke ohne Risiko zu einem fairen Preis.

---

**Herausgeber**

Kuratorium Deutsche Altershilfe  
im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Dezember 2006  
86 Seiten

**AutorInnen**

Klaus Großjohann (Hg.)  
**W 003**

## **Wohnen im Alter Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln**

**Kommunen sind der zentrale Ort unseres Lebens und vorrangig zuständig für die soziale Daseinsvorsorge und die darauf bezogene soziale Infrastruktur, die die Bevölkerung benötigt. Vor allem für das Wohnen bilden Kommunen den entscheidenden Rahmen.**

**Die Wohnung oder das Eigenheim stellen Orte der Geborgenheit, der Ruhe und des Rückzugs dar, dort findet Alltag statt und auch das Zusammenleben mit den Mitmenschen. Aus der Tatsache, dass mehr als 50 % der älteren Menschen sich nur noch maximal vier Stunden pro Tag außerhalb ihrer Wohnung aufhalten, ergibt sich klar, dass vor allem für ältere Menschen Wohnung und Wohnumfeld einen besonderen Stellenwert haben.**

**Um herauszufinden, wie stark das Engagement der deutschen Städte und Landkreise bei der Bereitstellung altersgerechter Wohnangebote ist, wurde vom Kuratorium Deutsche Altershilfe eine bundesweite Befragung durchgeführt. Das Ergebnis: Zwar gibt es schon beachtliche Erfolge, aber auch viel Unsicherheit. 70 % der deutschen Städte und Landkreise wünschen sich Unterstützung, Information und Beratung bei der Schaffung von alternativen Wohnkonzepten.**

### **Wohnen im Alter als neuer Planungsschwerpunkt**

Wie die Studie eingangs feststellt, haben sich in Deutschland viele Kommunen Mitte der 90er Jahre aus der aktiven Altenhilfeplanung zurückgezogen. In jüngster Zeit steigt das Interesse der Kommunen an einer systematischen Altenhilfeplanung allerdings wieder. Neu daran ist, dass nun das Thema „Wohnen im Alter“ bei diesen Planungsprozessen einen Schwerpunkt bildet.

---

**„Wis/Sen“: Entlehen von Originalstudien**

Friedrich Grundei  
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien  
friedrich.grundei@senior-in-wien.at  
Telefon 4000 85881



---

Vielen Kommunen fehlt allerdings ein Überblick über die zahlreichen neuen Konzepte im Bereich des Wohnens im Alter. Sie verfügen auch über keine Bestandszahlen bezüglich des bereits vorhandenen altersgerechten und alternativen Wohnangebotes. Sie werden mit Anfragen von IdeenträgerInnen, InvestorInnen und PlanerInnen konfrontiert, wissen aber oft nicht, wie sie bedarfsgerechte Lösungen für die BürgerInnen – und vor allem mit den BürgerInnen gemeinsam – entwickeln können.

### **Ein Viertel über 60 Jahre, Singlehaushalte schon 40 %**

Für die Studie wurden 249 Kommunen und Landkreise (184 aus den alten und 64 aus den neuen deutschen Bundesländern) untersucht, in denen insgesamt 52 Millionen Menschen leben. Der Anteil der über 60-Jährigen liegt in den befragten Kommunen und Landkreisen bei 24,5 %, was dem gesamtdeutschen Durchschnittswert (24,9) nahezu entspricht. 39,2 % der Haushalte im Untersuchungsgebiet sind Single-Haushalte.

Nur die Hälfte der Kommunen konnte Angaben über die durchschnittliche Wohnfläche pro Person machen, nur rund ein Drittel kannte die Wohnungseigentumsquote in ihrem Gebiet. Im gesamtdeutschen Durchschnitt beträgt die Wohnfläche pro Person 40 m<sup>2</sup>, die Wohnungseigentumsquote 38,7 %.

### **Normalfall Wohnen daheim**

94 % der über 60-Jährigen leben in „normalen“ Wohnungen, und dies wird auch in Zukunft die häufigste Wohnform im Alter sein. Um das aber auch weiterhin zu gewährleisten, müssen allerdings die Wohnungen und das Wohnumfeld so gestaltet werden, dass auch bei Bewegungsbeschwerden das Verbleiben in der Wohnung möglich ist. Ergänzende Hilfsangebote müssen ebenfalls verfügbar sein.

Um dieses sicherzustellen, sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Anstrengungen unternommen worden. Bei Neubauten werden barrierefreie Wohnungen miterrichtet und bestehende Wohnungen wurden barrierefrei bzw. barrierearm umgestaltet. 500 Wohnungsunternehmen, die im Rahmen einer anderen Studie befragt wurden, gaben an, bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen die Belange älterer MieterInnen zu berücksichtigen.

Rund drei Viertel der Kommunen geben zwar an, Wohnberatung anzubieten, aber nur ein Drittel hat speziell qualifizierte Wohnberatungsstellen, an die sich ältere Menschen wenden können.

---

Doch auch dieses bereits bestehende Angebot ist noch keineswegs ausreichend. Nur etwa 200 bis 250 „echte“ Wohnberatungsstellen im gesamten deutschen Bundesgebiet können den Bedarf keinesfalls abdecken.

### **Dienstleistungen dem Bedarf anpassen**

So wichtig die barrierefreie Wohnung auch ist, die baulichen Maßnahmen allein reichen nicht aus. Es bedarf der Ergänzung durch entsprechende Dienstleistungen für ältere Menschen.

Das Angebot an qualifizierten ambulanten Diensten zur Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen wird von den befragten Gebietskörperschaften als ausreichend eingeschätzt. Woran es mangelt, sind sogenannte „niederschwellige“ Betreuungsleistungen, wie einfache Haushaltshilfen oder Begleitsdienste. Bei fast einem Viertel der Kommunen sind solche Dienstleistungen nicht verfügbar. Neue Wohnkonzepte, wie etwa „Betreutes Wohnen zu Hause“, die gezielt die Bereitstellung solcher niederschwelliger Betreuungsleistungen sichern wollen, gibt es in den Kommunen noch sehr selten. Rund die Hälfte der Kommunen hat jedoch bereits Projekte, die betreutes Wohnen zu Hause ermöglichen sollen.

### **Differenzierte Lebensstile erfordern vielfältiges Wohnangebot**

Ein oft nicht ausreichend beachteter Aspekt ist weiters, dass Menschen heute nicht mehr mit einem für alle gleichen Angebot zufrieden zu stellen sind. Lebensstile haben sich bereits ausdifferenziert und werden dies auch weiterhin tun. Daraus ergeben sich unterschiedliche Wünsche und Ansprüche an das Wohnen im Alter. Das bestehende Wohnangebot ist diesen Herausforderungen nicht mehr gewachsen und muss in den kommenden Jahren dem veränderten Bedarf angepasst werden. Dies sollte nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus ökonomischem Interesse geschehen.

Prognosen gehen von 800.000 zusätzlichen Pflegeplätzen in Deutschland aus, die in den nächsten 50 Jahren geschaffen werden müssten. Die Investitionskosten sowie die laufenden Kosten dafür werden trotz Pflegeversicherung zum großen Teil von den Kommunen getragen werden müssen. Nur die Entwicklung altersgerechter Wohn- und Infrastrukturen neben den „klassischen“ Pflegeheimen ermöglicht es, erhebliche Einsparungspotenziale für die kommunalen Haushalte zu erschließen.

---

## **Einsparung durch Prävention und häusliche Betreuung**

Die größten Einsparungspotenziale für die öffentliche Hand liegen zweifellos in Maßnahmen, die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit verhindern bzw. hinauszögern einerseits, wie auch in jenen Maßnahmen, die den Zeitraum der häuslichen Versorgung verlängern. Der Ausgleich alterstypischer Risikofaktoren und das möglichst lange Verbleiben in der vertrauten Wohnung sollte daher auch für Kommunen ein wesentlicher seniorenpolitischer Ansatz sein.

## **Der dritte Weg neben Wohnung und Heim**

Immer mehr Menschen wünschen sich einen dritten Weg, der zwischen dem Alleinleben in der eigenen Wohnung und der Rundum-Betreuung im traditionellen Pflegeheim liegt. Das Angebot an solchen „besonderen Wohnformen“ ist auch tatsächlich in den letzten Jahren ausgebaut worden. Dazu gehören barrierefrei gestaltete Altenwohnungen ebenso wie verschiedene Formen betreuten Wohnens, entweder in normalen Wohnhäusern oder in einer eigens für „Betreutes Wohnen“ errichteten Anlage.

Projekte wie „Gemeinschaftliches Wohnen“ oder auch betreute Wohn- und Hausgemeinschaften haben sich zwar bewährt, finden sich jedoch nur vereinzelt in Deutschland. Eine diesbezügliche Konzept- und Projektentwicklung wird von den befragten Kommunen allerdings bisher auch nur wenig betrieben.

Zwar stellt rund ein Drittel aller Kommunen gezielt Mittel aus der sozialen Wohnungsbauförderung für die Gestaltung eines altersgerechten Wohnangebotes bereit, und rund ein Viertel aller Kommunen hält kommunale Grundstücke für solche Wohnalternativen vor, aber nicht einmal jede zehnte Kommune fördert gezielt Konzeptentwicklung und deren Verbreitung. Als wesentlichen Grund für die noch geringe Zahl von Wohnprojekten für alte Menschen nennen viele Kommunen Verfahrenshürden und Informationsdefizite.

## **Wirtschaftsleistung der Älteren nicht unterschätzen**

Zwar gibt es leider immer noch ältere Menschen, die in finanziell angespannten Verhältnissen leben, und dies wird wohl auch künftig so sein, es ist aber erfreulicherweise so, dass SeniorInnen eine oft unterschätzte Kaufkraft besitzen, und sie können daher im Bereich „Wohnen und

---

Wohnumfeld“ Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, so etwa im Handwerk und bei haushaltsnahen Dienstleistungen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt das monatliche Ausgabenbudget der über 60-Jährigen in Deutschland auf 26 Milliarden Euro. Etwa 35 % davon entfallen auf das Wohnen, das sind rund 9 Milliarden Euro pro Monat. Damit liegt die SeniorInnen-Generation noch vor der so gerne umworbenen Gruppe der 40- bis 49-Jährigen. Dazu kommt, dass Ältere meist in bereits abbezahlten Wohnungen oder Eigenheimen leben, was ihren finanziellen Spielraum erweitert.

Kommunen sind sicherlich nicht als einzige verantwortlich für die Gestaltung einer bedarfsgerechten Wohn- und Infrastruktur, aber ihnen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Sie sind jene Körperschaften, die den Menschen am nächsten sind, da sie ihren Lebens- und Wohnort bilden. Deshalb sollten die Kommunen deutlich machen, dass die Entwicklung und Umsetzung altersgerechter Wohnformen ein Handlungsfeld der Zukunft ist.

### **Zu wenig Förderung für freiwilliges Engagement**

Die StudienautorInnen stellen fest, dass bürgerschaftliches Engagement zur Schaffung und Ausgestaltung neuer Wohnformen unerlässlich ist. Ohne die Bürgergesellschaft kann in Zukunft für die wachsende Zahl hilfsbedürftiger älterer Menschen keine bedarfsgerechte Wohnsituation geschaffen werden. Dieses bürgerschaftliche Engagement bedarf aber der Ausbildung von Unterstützungsstrukturen. So müssten Aufwendungskosten gefördert und die notwendige Infrastruktur finanziert werden. Die Hälfte aller befragten Kommunen leistet keine derartige Unterstützung. Begründet wird dies mit fehlenden Haushaltsmitteln. Dabei wird aber nicht bedacht, dass langfristig gerade das freiwillige Engagement zur Einsparung von Kosten führen und nachhaltig wirken kann. Ein Bereich, in dem eine derartige Kostenersparnis in Zukunft möglich wäre, ist die Gründung, Führung und Begleitung neuer, alternativer Wohnformen für ältere Menschen.

### **Landkreise haben Nachholbedarf bei alternativen Wohnformen**

Während sich die Städte mit dem Thema Wohnen im Alter bereits auseinandersetzen, besteht bei den Landkreisen hier Nachholbedarf. Eine spezielle, fachlich fundierte Planung zum Wohnen im Alter wird auf dem Lande deutlich seltener durchgeführt als in städtischen Regionen. Jeder dritte Landkreis gab an, dass es häufiger Schwierigkeiten gibt, altersgerechte

---

Wohnformen anzubieten, die den Bedürfnissen älterer Menschen im ländlichen Umfeld gerecht werden. Zwar besteht auf dem Land – im Gegensatz zu den Großstädten – insgesamt noch eine informell gestaltete Kultur des Helfens, dennoch sehen viele ländliche Regionen Handlungsbedarf.

Die Landkreise verfügen insgesamt über weniger spezielle Wohnberatungsstellen und über weniger Betreuungsangebote, um das Wohnen in der vertrauten Häuslichkeit zu stärken. Lediglich bei den traditionellen Sonderwohnformen wie Senioren- und Pflegeheim sind die Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum mit jenen in den Städten vergleichbar.

### **Alternative Projekte und Initiativen**

In den letzten 10 bis 15 Jahren wurden eine Reihe von speziellen Wohnformen für ältere Menschen entwickelt und realisiert, wie betreutes Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen, betreute Wohn- und Hausgemeinschaften für Pflegebedürftige und Ähnliches. Zwar ist das Interesse an solchen alternativen Wohnformen gewachsen, insgesamt haben sie, quantitativ gesehen, noch sehr geringe Bedeutung. Immerhin sind es (mangels verlässlicher amtlicher Statistiken ist man hier auf Schätzungen angewiesen) 200.000 bis 250.000 ältere Menschen in ganz Deutschland, die in solchen neuen Wohnformen leben. Das entspricht rund 2 % der über 65-Jährigen.

Folgende bereits bestehende Projekte wurden im Rahmen der Befragung u. a. genannt:

- „Betreutes Wohnen zu Hause“: Hier wird mit einem Dienstleister (ambulanter Dienst, Sozialstation oder Betreuungsverein) ein Betreuungsvertrag geschlossen. Praktische Erfahrungen zeigen allerdings, dass diese Variante, die mit einem formalen Vertragsabschluss verbunden ist, sehr selten ist.
- Professionelle oder ehrenamtliche Hilfsdienste und Netzwerke zur Sicherstellung einer niederschweligen Betreuung wie z. B. Telefonketten, Hol- und Bringdienste, Hausnotruf, stationärer Mittagstisch, Besuchsdienste, Freiwilligenzentralen, Betreuungsgruppen oder Helferkreise für demenziell Erkrankte zur Entlastung von Angehörigen.
- Teilstationäre Angebote wie Tages- und Kurzzeitpflege.

- 
- Mehrgenerationenhäuser, Begegnungsstätten, Altenerholung.
  - „Wohnen mit Hilfe“ (eine generationenübergreifende Wohnpartnerschaft zwischen Unterstützung suchenden älteren Menschen und wohnungssuchenden jüngeren Menschen), Wohnungstausch, Musterwohnungen für barrierefreies Wohnen.

### **Kommunale Instrumente und Planungshilfen**

Um eine systematische Bedarfs- und Angebotsplanung machen zu können, ist es nötig, aufgrund eines „Handlungsleitbildes zum Wohnen im Alter“ auf möglichst kleinräumiger Ebene Bedarfsanalysen zu machen. Die demographische Entwicklung muss dabei eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Steuerung des Wohnangebotes darstellen.

Die Kommunen müssen darüber hinaus Bauberatung für Planende und Ausführende anbieten, damit diese den Gedanken des altengerechten Bauens und einer altengerechten Wohnungsausstattung in ihren Projekten umsetzen können.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Kommunen ist die Förderung der Konzept- und Projektentwicklung. Neben der Förderung ist das Initiieren und Begleiten solcher Projekte ebenfalls Aufgabe der Kommunen.

Qualitätssicherung schließlich ist ein weiterer Bereich, in dem die Kommunen gefordert sind.

---

**Herausgeber**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin, August 2005

526 Seiten

**AutorInnen**

Bericht der Sachverständigenkommission

L 006

## **Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen.**

**Der 5. Bericht zur Lage der älteren Generationen in der Bundesrepublik Deutschland untersuchte die gesellschaftlichen Potenziale des Alters und ihre Entwicklung bis zum Jahr 2020. Die Sachverständigen waren gefordert zu erforschen, wie diese Potenziale gesellschaftlich besser genutzt werden können, und sollten auch konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft geben. Die Ziele dieses Berichts werden so formuliert: Der Bericht soll Chancen des demografischen Wandels aufzeigen, um die weitgehend von ökonomischen Belastungsargumenten geprägte Diskussion über alte Menschen differenzierter führen zu können. Die wichtigsten Aussagen des mehr als 500 Seiten umfassendes Berichts finden Sie in der folgenden Übersicht über die wichtigsten Handlungsempfehlungen, die im Bericht aufgelistet sind.**

### **Erwerbsarbeit im Lebenslauf neu überdenken**

Die Gestaltung der Lebensarbeitszeit sollte der veränderten Bevölkerungsstruktur und vor allem der nachweislich vorhandenen Leistungsfähigkeit von älteren ArbeitnehmerInnen entsprechen. Dazu gehören altersmäßig gemischte Arbeits- und Lernteams in den Betrieben und eine Personalstruktur, in der das Erfahrungswissen Älterer geschätzt und genutzt wird. Gesundheitsschutz- und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz könnten durch Anreize für die Betriebe gefördert werden. Demografiegerechte Tarifverträge sollten entwickelt werden. Als wichtig erachtet werden weiters eine Ausweitung des Kündigungsschutzes bis zum 65. Lebensjahr und flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase.

---

**„Wis/Sen“: Entleihen von Originalstudien**

Friedrich Grundei

Seniorenbeauftragter der Stadt Wien

friedrich.grundeil@senior-in-wien.at

Telefon 4000 85881



---

## **Lebenslanges Lernen, auch nach dem Beruf**

Die Vorstellung, man könne berufliche, aber auch außerberufliche Bildungsprozesse ausschließlich auf einen frühen Abschnitt der Biografie konzentrieren, ist nicht mehr zeitgemäß. Daher bekennen sich die ExpertInnen dieses Kapitels des vorliegenden Berichts zu einer Finanzierung lebenslangen Lernens, und zwar sowohl für Personen in der Erwerbsphase als auch für das Lernen in der Nacherwerbsphase.

Faktum ist, dass ältere Menschen, im Vergleich zu früher, über einen höheren durchschnittlichen Bildungsstand verfügen und meist mit Bildungsangeboten besser umgehen können als frühere Generationen. Daraus ergeben sich veränderte Bildungsbiografien, die mit einer gesteigerten Lernfähigkeit im Alter einhergehen. Die Förderung des Lernens, auch in der Nacherwerbsphase, stellt sicher, dass ältere Menschen in den permanenten Wissenszuwachs einbezogen sind und dadurch an der Gesellschaft teilhaben können.

## **Einkommen im Alter deutlich über Mindestsicherung**

Hier wird die Sorge geäußert, dass das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland weiter sinken wird. Die Altenberichts-kommission spricht sich dafür aus, dass bei der Höhe der Renten eine enge Beziehung zwischen Beitrag und Leistung hergestellt werden muss, damit Menschen mit langer Versicherungsdauer und hohen Beitragszahlungen letztlich eine Rente erhalten, die ihren Einzahlungen entspricht und die somit deutlich über der steuerfinanzierten Mindestsicherung liegen muss. Private und betriebliche Alterssicherung sollten eine Ergänzung der gesetzlichen Rente darstellen, nicht zum (partiellen) Ersatz werden.

Gefordert wird das Einbeziehen aller bislang nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Der Hauptgrund dafür ist die Vermeidung von Einkommensarmut in dieser sehr heterogenen Gruppe. Dies wird vor allem wegen der neuen Formen der Selbstständigkeit als notwendig erachtet.

Eine weitere Empfehlung ist, die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen. Unter dem Titel „Statt Subventionierung von Finanzkapital Förderung von Humankapital“ wird vorgeschlagen, bei knappen öffentlichen Mitteln nicht Finanzkapital für die Privatvorsorge zu subventionieren, sondern vermehrt öffentliche Mittel für die Weiterqualifizierung einzusetzen.

---

## **Seniorenwirtschaft in Deutschland entwickeln**

Seniorenwirtschaft wird als Element zur Steigerung der Lebensqualität älterer Menschen angesehen, aber auch als neuer Impulsgeber für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Die systematische Entwicklung eines „silver market“, etwa nach japanischem Vorbild, sollte auf Bundesebene gefördert werden.

Bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen sollte dialogisch vorgegangen werden, um das Verbraucherwissen der älteren Menschen zu nutzen. Aber auch bereits vorhandene Produkte und Dienstleistungen benötigen eine Optimierung, für die das systematische Einholen von Kundenmeinungen und -erfahrungen unerlässlich ist. Dies bezieht sich speziell auf die oft mangelhafte Nutzer- und Bedienungsfreundlichkeit von Produkten.

Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, sicherzustellen, dass die Konsumbedürfnisse älterer Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen berücksichtigt werden, vor allem bei Dienstleistungen im Zusammenhang mit Betreuung und Pflege. Diese Teilhabe älterer Menschen aller Einkommensgruppen muss auch in strukturschwachen Regionen sichergestellt sein.

Ein wichtiger Aspekt ist auch der Konsumentenschutz (in Deutschland wird dafür der Begriff „Verbraucherschutz“ verwendet) für ältere Menschen. Hier geht es besonders um jene, die – aus den unterschiedlichsten Gründen – nicht in der Lage sind, eine aktive Rolle als kritische VerbraucherInnen wahrzunehmen und die daher auf externe Unterstützung angewiesen sind.

## **Ältere helfen anderen Generationen**

Ein großer Teil der intergenerationalen Hilfen wird von den Älteren selbst geleistet. Es werden Maßnahmen empfohlen, die dieses Netz der Generationensolidarität stützen. Defizite bei der innerfamiliären Hilfe müssen allerdings durch professionelle ambulante Hilfe, aber auch durch bürgerschaftliches Engagement, kompensiert werden.

Die Vereinbarkeit von Familienarbeit bzw. Pflege und Berufstätigkeit muss einerseits durch Bewusstseinsbildung in den Betrieben unterstützt werden, ein wichtiger Beitrag der Kommunen dazu kann aber auch die Unterstützung unterschiedlicher Formen gemeinschaftlichen Wohnens sein. Auch private Hilfsnetzwerke bedürfen der Unterstützung der Kommunen.

---

Professionelle Angebote sollten sich noch mehr an den individuellen Bedürfnissen der zu Pflegenden und deren Angehöriger orientieren.

### **Ehrenamtlichkeit darf Arbeitslosigkeit nicht fördern**

Generell scheint es den StudienautorInnen wichtig, dass die Kommunen aktiv eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Hier sind aber vor allem auch die Freiwilligen-Organisationen gefordert, sich mit Fragen der Motivation Freiwilliger und auch mit dem Zusammenwirken von haupt- und ehrenamtlichen HelferInnen systematischer zu beschäftigen. Bei den „jungen Alten“ sind hier zweifellos Potenziale für ehrenamtliche Tätigkeit vorhanden, die man gezielt ansprechen kann.

Keinesfalls aber könne das Ehrenamt als Lückenbüßer für den sich zurückziehenden Sozialstaat fungieren. Die AutorInnen formulieren es deutlich: „Es ist darauf zu achten, dass Ehrenamtliche nicht als billiger Ersatz für abgebautes Personal einspringen und damit indirekt zur Festigung der Massenarbeitslosigkeit beitragen.“

### **Datenlage zu MigrantInnen verbessern**

Aussagekräftige Daten zur Lage der MigrantInnen-Bevölkerung liegen nicht in ausreichendem Maße vor, vor allem nicht über kleinere Nationalitätengruppen. Die Fokussierung auf die größte Gruppe, die TürkInnen, und die Subsummierung von MigrantInnen unter dem Begriff „AusländerInnen“ müsse überwunden werden, meinen die AutorInnen.

Potenziale der älteren MigrantInnen würden derzeit nicht genutzt. Bisher werden sie überdurchschnittlich oft als FrührentnerInnen aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert. Um dem vorzubeugen, sollte man MigrantInnen verstärkt in Weiterbildungsmaßnahmen einbeziehen. Bei bereits Pensionierten sollen die Deutschkenntnisse durch Bildungsmaßnahmen erhalten werden. Langfristig gesehen werde sich aber durch bessere Bildung und Ausbildung der zweiten und dritten Generation eine positive Veränderung ergeben.

Als weiterer Schwerpunkt wird die bessere gesundheitliche Betreuung älterer MigrantInnen empfohlen. Bei Rehabilitationsmaßnahmen beispielsweise seien MigrantInnen derzeit deutlich unterrepräsentiert.

Die bestehenden MigrantInnen-Selbsthilfeorganisationen sollten auf Ebene der Kommunen unterstützt und weiterentwickelt werden.

---

## „Wis/Sen“-News

### SeniorInnenspielplätze jetzt auch in Österreich

Wie bereits in der 6. Ausgabe von „Wis/Sen“ berichtet, hat ein Spanier die Idee der „SeniorInnenspielplätze“ aus China nach Spanien importiert und angekündigt, auch andere Länder für seine Idee begeistern zu wollen. Laa an der Thaya hat nun, als erste österreichische Gemeinde, auf dem Gelände des Pensionistenheimes einen Spiel- und Bewegungsplatz für ältere Menschen, kombiniert mit einem Kinderspielplatz, eingerichtet. Neben verschiedenen Geräten gibt es da auch einen Sinnespfad, um das Gehen mit nackten Fußsohlen auf verschiedenen Materialien spüren zu können, sowie eine Tretvorrichtung, damit ältere Menschen auch im Sitzen Radfahrbewegungen machen können. Kletterwand, Sandkasten und Wasserspielplatz sind eher für die Kinder gedacht. Der Streichelzoo neben dem Spielplatz ist für Jung und Alt eine Attraktion. Die deutschen „Grauen Panther“ lehnen übrigens den Begriff „SeniorInnenspielplatz“ vehement ab. Nun sucht man in Deutschland einen neuen Namen für die bereits in Berlin, München und Nürnberg geplanten Projekte.

*Quelle: Ganze Woche 17/0, Kronenzeitung, Kurier*

### Grippe: Geimpfte Kinder schützen die Großeltern

Eine Hochrechnung aus den USA zeigt: Je mehr Kinder geimpft sind, desto besser sind ältere Menschen vor der Virusgrippe geschützt. Bisher wird vor allem Menschen über 60 und Menschen mit chronischen Grundleiden die jährliche Gripeschutzimpfung empfohlen. Kinder gelten nicht als Risikogruppe. Diese Einschätzung greift zu kurz, meint Thomas Nicolai von der Universitäts-Kinderklinik im „Dr.-von-Haunerschen Kinderspital“ in München. Erstens sei die Impfung sinnvoll, da sie eine häufige und schwere Erkrankung vermeiden kann. Die Virusgrippe ist immerhin heute mit Abstand für die meisten tödlich verlaufenden Atemwegserkrankungen bei Kindern verantwortlich. Neben diesem Individualschutz kann die Impfung auch dazu beitragen, Infektionsketten zu durchbrechen. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass geimpfte Kinder auch Erwachsene vor einer Virusgrippe schützen. Werden nur 20 % der Kinder und Jugendlichen gegen die Virusgrippe geimpft, so gehen die tödlich verlaufenden Grippeerkrankungen bei den über 65-Jährigen um fast die Hälfte zurück. Dieser Schutzeffekt durch die Unterbrechung von Infektionsketten ist wirksamer als eine Durchimpfung der SeniorInnen zu 90 %. Würden 50 oder gar 70 % der Kinder und Jugendlichen geimpft, ließen sich die grippebedingten Todesfälle bei SeniorInnen auf ein Viertel oder gar ein Fünftel absenken.

*Quelle: www.medical-tribune.de*

---

## Wohnen im Weingut

„Es geht um Lebenskonzepte, nicht bloß um Wohnraumplanung“, brachte es Berit Herger von der Mainzer Beratungsstelle „Lebens-Wohnraum Alter“ bei einer Veranstaltung der Volkshochschule im deutschen Guntersblum auf den Punkt. Und rief zur Eigeninitiative auf, um zukunftsweisende Projekte zu entwickeln. Birgit Herger: „Wenn wir das Wohnen zukunftsorientiert und bedarfsgerecht weiterentwickeln wollen, brauchen wir Ideen und Menschen, die bereit sind, neue Wege zu gehen.“ Einige dieser Pioniere stellten ihre bereits realisierten Projekte bei der Veranstaltung vor, darunter „Leben und Arbeiten“ im Gutshof „Kaiserbacher Mühle“ in Klingenstein, das als generationenübergreifende Eigentümergemeinschaft organisiert ist, oder auch „Wohnen im Weingut“ in Wachenheim, wo soziale Verantwortung zwischen Jung und Alt bewusst gelebt wird.

Quelle: [www.allgemeine-zeitung.de](http://www.allgemeine-zeitung.de)

---

## Was sich in wenigen Jahren verändert (2)

### Bevölkerung (Wien)

2001: 1.550.123      2005: 1.651.651

### Lebenserwartung 2001 bis 2005

Bei Geburt	Frauen: + 11 Monate	Männer: + 13 Monate
Mit 60	Frauen: + 7 Monate	Männer: + 7 Monate

### Vorsorgeuntersuchungen

2001: 115.837	Männer: 50.654	Frauen: 65.183
2005: 141.662 (+22,3 %)	Männer: 63.869 (+26,1 %)	Frauen: 78.891 (+21 %)

### Hunde in Wien

2001: 46.933      2005: 50.282 (= 1 Hund für 33 WienerInnen)

(Und für die, die es interessiert: Während in Floridsdorf und in der Donaustadt auf einen Hund etwa 22 FrauerIn/HerrIn kommen, sind es in Margareten, Neubau, in der Josefstadt und in Rudolfsheim-Fünfhaus mehr als 50 BezirksbewohnerInnen, die sich ein Hunderl – jedenfalls eines mit bezahlter Hundeabgabe – teilen müssen.)

Friedrich Grundei  
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien

---